

Die Energiekrise ernst nehmen - und umgehend handeln

*So lautete ein Antrag der Linksfraktion in der letzten Stadtratssitzung am 2. November.
Für die Fraktion hatte deren Vorsitzender Andreas Schubert für die Annahme geworben.*

Die aktuelle Energiepreisentwicklung betrifft jede und jeden in unserem Land, auch in unserer Stadt. Privatleute genauso wie Unternehmen und öffentliche Institutionen. Für viele sind die Energiekosten längst existenzgefährdend.

In der erlebten Dimension der Preisspitzen und der Größe der Preissprünge ist diese Krise eine direkte Folge des Kriegs in der Ukraine. Ein schneller Friedensschluss würde unmittelbar zu einer Beruhigung der Energiemärkte führen.

Schon dies macht deutlich, dass die entscheidenden Stell-schrauben zur Änderung der Ursachen nicht bei uns hier im Geraer Stadtrat liegen.

Wir haben im Stadtrat eine Verantwortung für die kommunale Ebene. Damit sind unsere Ein- und Mitwirkungsmöglichkeiten eingeschränkt - aber eben nicht bei Null!

Wie bei der Corona-Pandemie haben wir die Frage zu beantworten - was kann die Stadt leisten um die existenziellen Bedrohungen zu beantworten?

Dies gilt auch für die Wirtschaft in unserer Stadt - darüber reden wir nächste Woche in der Sondersitzung des Wirtschaftsausschusses.

Der Ansatz dieser Beschlussvorlage wurde nach der Debatte zu unserer Aktuellen Stunde hier im Juli und mit Blick auf die Reaktionen anderenorts abgeleitet.

Der Oberbürgermeister sollte beauftragt werden, für das Kernteam zur fachübergreifenden Beratung bei Antragstellung auskömmlich Personal zur Verfügung zu stellen, welches bei Bedarf aufgestockt werden muss um die Bearbeitungszeit von 4 Wochen einzuhalten.

Zudem sollte er ebenfalls beauftragt werden, alle Möglichkeiten der Information zu Beratungsangeboten für die Bürgerinnen und Bürger durch die Stadt Gera zu nutzen. Dies schließt klassische und neue Medien gleichermaßen ein. Was darauf hinauslief, die breite Bevölkerung anzusprechen, nicht nur über elektronische Medien.

Gefordert wurde, dem Stadtrat umgehend eine Übersicht darüber vorzulegen, welche konkreten Energiesparmaßnahmen durch die Stadt Gera bzw.

deren Unternehmen bereits umgesetzt wurden bzw. welche Maßnahmen kurz-, mittel- und langfristig vorgesehen sind. Des Weiteren sollten Prüfaufträge ausgelöst werden über Einsparpotentiale bei kompletter Umstellung aller öffentlichen Beleuchtungspunkte (inklusive aller städtischen Einrichtungen) auf LED sowie berichtet werden, ob im Vertrag mit Veolia zur Straßenbeleuchtung Veränderungen vorgenommen werden könnten.

Im Antrag wurden damit konkrete Maßnahmen und Prüfaufträge vorgeschlagen, damit auch die Stadt ihrer Verantwortung gerecht wird, die dramatischen Auswirkungen der Energiepreisentwicklung so weit wie möglich zu minimieren. Dies bedeutet auch, dass die Unterstützungsleistungen, wie das deutlich ausgeweitete Wohn-geld, auch kurzfristig zur Auszahlung kommen.

Trotz aller Debatte über die Rolle und Bedeutung der Energiekrise auf unsere Lebenssituation war diesem Antrag erneut kein positiver Beschluss des Stadtrates beschieden. **Ha.**



Wie weiter mit dem Haus der Kultur?

Fraktion DIE LINKE beantragt Durchführung einer Aktuelle Stunde zur Sitzung des Stadtrates am 2.11. zur Zukunft des KuK.

Am 3. Oktober beschädigt ein Brand in einer Trafostation die Elektrik des „Haus der Kultur“ so stark, dass kurzfristig keine Reparatur oder Überbrückung möglich ist.

Im Rahmen der Veranstaltungsabsagen nach dieser Havarie sprach die Stadtverwaltung von einer „aufwendigen Instandsetzung“ und einer Beeinträchtigung aller Bereiche mit Publikumsverkehr.

„Dabei war und ist die Notwendigkeit von Sanierungsarbeiten insbesondere an den technischen Anlagen sehr wohl bekannt und finanzielle Mittel standen dafür bereits zur Verfügung. Nach zwei Jahren pandemiebedingter Aus-

fälle von kulturellen Veranstaltungen haben Bürgerinnen und Bürger nun wieder Verzicht zu üben wegen verfehlter Planungen“, ist in der Begründung zum Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde zu lesen.

Die Fraktion fragt unter anderem, mit welchen Kosten für die nötige Instandsetzung nach dem Brand zu rechnen ist und mit welchen Folgekosten für die Absagen und Verschiebungen von Veranstaltungen (z.B. für Kompensationen an Veranstalter, bereits beauftragte Werbung für Eigenveranstaltungen) und bekommt Antworten von der Stadtverwaltung: Der materielle Schaden wäre mit 132.000 Euro zu

beziffern und bei weiteren Veranstaltungsabsagen bis ins Jahr 2023 wäre mit bis zu 1,5 Millionen Euro Schaden zu rechnen.

Auch die Größenordnung in welcher Mittel für die dringend nötigen Sanierungsmaßnahmen in den Haushalt 2023 und in die folgenden Haushalte eingeplant wurden oder werden, wurde beantwortet.

Oberbürgermeister Vonarb gibt an, für 2023 seien 500.000 Euro und für die Folgejahre bis einschließlich 2026 jeweils 250.000 Euro für Instandsetzungen eingeplant.

Die Vorlage des (längst fälligen) Nutzungskonzeptes zum „Haus der Kultur“ verspricht er, vorbehaltlich der Entwicklung rechtlicher Auseinandersetzungen mit der beauftragten Agentur, für Mitte des Jahres 2023.

■ Kommentiert

Das „Haus der Kultur“ nicht erst wertschätzen, wenn es weg ist!

In ihrer Rede erklärt Nina Wunderlich, warum der Brand vom 3. Oktober etwas Positives haben könnte.

„Der Umzug unserer Stadtratssitzungen von unserem schönen Rathausaal ins große KuK hatte für mich anfangs viel Negatives: Die Wege sind viel weiter, keine Fraktionsgeschäftsstelle ist direkt nebenan, anfangs kamen mir die einzelnen Tische mit viel Abstand vor wie Einzelhaft und spätestens nach einer Stunde habe ich gefroren. Vor allem aber war der Umzug der Corona-Pandemie und den damit verbundenen Einschränkungen und Vorschriften geschuldet und konnte damit per se nicht positiv besetzt sein.

Lange habe ich mir also gewünscht, dass wir mit unseren Sitzungen möglichst schnell wieder in den Rathausaal zurück kommen. Und nun, wo wir wieder hier tagen heute, merke ich, dass der große Saal des KuK als Sitzungsraum doch so seine Vorteile hatte. Plötzlich kommt mir der Tisch, geteilt mit den beiden Kollegen beengt vor, die Luft schlecht und mir fehlt der Milchkaffee in der Pause im Foyer.

Aber so ist das nun mal – oft weiß man etwas erst zu schätzen, wenn es nicht mehr da ist. Und ich hoffe und

bitte, dass das mit dem KuK nicht eines Tages genauso sein wird. Dass wir Bürgerinnen und Bürger Geras nicht auf dem Weg zu einem Konzert oder einem Comedy-Abend auf dem Weg nach Chemnitz oder Erfurt sind und uns wehmütig erinnern, wie schön und einfach es war, als solche Veranstaltungen noch in unserem großen Haus stattgefunden haben!

Dass wir uns nicht wehmütig erinnern an die Geschichte des „Haus der Kultur“, die 1981 begann und eine echte Erfolgsgeschichte war. Die bis heute größte Veranstaltungshalle Ostthüringens in einem offenen und weitläufigen Gebäude im Zentrum der Stadt mit einem Mehrzwecksaal mit 1700 Plätzen, mehreren Tagungsräumen, zwei weitläufigen Foyers, eigener Gastronomie und verschiedenen vermieteten Flächen, die Gaststätten und andere Mieter beherbergen.

Sandstein, bronzefarbenes Aluminium und Glas dominieren das Erscheinungsbild nach außen und geben dem Haus seinen unverwechselbaren Stil, den es auch innen besitzt, wo die

Treppengeländer, die Türgriffe und so viele kleine Details bis ins Kleinste aufeinander abgestimmt eine Art Gesamtkunstwerk ergeben und bis heute in Teilen im Originalzustand erhalten sind. Ich hoffe, dass auch zukünftig das Haus als Veranstaltungsort für Konzerte, Unterhaltungsshows oder Publikumsmessen überregional bekannt und beliebt bleibt und die Kulturszene der Stadt für verschiedenste Zielgruppen bereichert.

Ich hoffe nicht nur, sondern ich bitte – ich bitte Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen im Stadtrat heute, dem schon so oft und über alle Fraktionsgrenzen hinweg formulierten politischen Willen erneut Ausdruck zu verleihen, dass das KuK Bestand haben soll! Dass wir das Haus als Veranstaltungsort brauchen und dass wir es buchstäblich retten wollen. Retten, damit das Haus der Kultur nicht nach 41 Jahren den längsten Teil seiner Geschichte bereits erlebt hat. Retten, damit wir nicht in spätestens 10 Jahren feststellen müssen, dass das viele Geld für Notreparaturen und behelfsmäßige Instandhaltungen umsonst investiert war.

Ja genau, schlußendlich geht es wieder „nur“ um Geld. Um viel Geld. Um einen, so hieß es schon vor einigen Jahren hinter vorgehaltener Hand, bis zu mittleren zweistelligen Millionenbetrag. Und natürlich können wir schlechterdings sagen, dass wir das jetzt einfach mal investieren oder in Jahresschreibern bis 2040 in den Haushaltsplänen bereitstellen, sondern das wird nur über Fördermittel und starke Partner sowie vielleicht innovative Ideen möglich sein.

An der Stelle mit den Fördermitteln wird mir ein bißchen bange, ob das

Haus tatsächlich zu retten ist, denn einen Fördermittelbescheid gab es schon. Es stand Geld bereit für Sanierungsmaßnahmen, doch abrufen konnten wir es nicht, da die Eigenmittel nicht dargestellt werden konnten.

Aber Sie kennen mich: Ich bin ein optimistischer Mensch. Und auch wenn der Auslöser für die heutige Aktuelle Stunde, für den MDR-Bericht der letzten Woche und das zupackende Engagement des OB zur Weiterversorgung des Hauses mit Strom eine Havarie war, so hat diese doch vielleicht am Ende etwas Gutes.

Wenn nämlich der Brand in der Trafostation am 3. Oktober am Ende dazu führt, dass wir uns in die Augen sehen und sagen „Ja, wir wollen das KuK als Haus der Kultur für Gera erhalten“, dann werden sich Wege finden, die nötigen Investitionen umzusetzen und dann wird dieser Brand vielmehr ein Zündfunke gewesen sein, auf den wir zufrieden blicken können in der Chronik des Hauses in 40 Jahren!

Komödie oder Trauerspiel?

**„Gera bietet Theater feil“ titelt die OTZ am Mittwoch 19.10.2022 und erläutert dazu: „Weil die Finanzierung des Theaters ... ab 2025 nicht leistbar sei, habe er Anteile am Theater angeboten, so Geras OB...“
Feilgeboten wie „sauer Bier“ oder billige Ramschartikel? Das hat unser Theater nicht verdient!**

Im Lokalteil beschwört der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses dann gleich die Insolvenz. Ist da etwa Wunschdenken herauszuhören oder soll es doch eine Mahnung sein? Es sei diesen Unglückspropheten gesagt, dass die Insolvenz eines öffentlichen Theaterbetriebes die Gewährträgerhaftung nach sich zieht. Diese hat zur Folge, dass auch geschlossene Theater zunächst für viele Jahre immer noch sehr viel Geld kosten, nur dass sie dann eben nichts mehr für die Menschen tun können. In der Vergangenheit boten Oberhausen oder das Schillertheater Berlin dafür lehrreiche Beispiele. So leicht lässt sich eben kein städtischer Haushalt durch die Schließung eines Theaters sanieren.

Daher grenzt es schon an Verantwortungslosigkeit, dieses hochsensible Thema auf so spektakuläre Weise lautstark auf die Straße zu werfen, ohne sich vorher besonnen, sachlich und fachkundig mit allen Verantwortlichen zu beraten, zum Beispiel mit dem Aufsichtsrat, dem Freistaat Thüringen und dem Deutschen Bühnenverein. Dass das Theater nicht auf Rosen gebettet ist, wissen wir alle. Aber die Beteiligten und Verantwortungssträger haben es bisher vermocht, das Schiff durch Klippen und Stürme auf Kurs zu halten.

Und nicht zu vergessen: das waren einmal über einen Zeitraum von mehr als 150 Jahren zwei selbständige Häuser mit allen Sparten, ehe daraus ein fusioniertes Unternehmen wurde mit der Konsequenz der Halbierung der Ensembles und nachfolgenden Personalreduzierungen im nichtkünstlerischen Bereich. Hier wurden - ganz im Gegensatz zu anderen Gegenden in Thüringen - sehr früh alle Hausaufgaben gemacht und überlebensfähige Strukturen geschaffen!

Einen Tag nach dem Eklat, am 20.10.22 erläutert Kulturminister Hoff die Strategie des Freistaates - im Wesentlichen alles bekannte Tatsachen und Absichten. Beruhigend und im wohltuenden Gegensatz zu dem vorherigen Geschrei liest sich die Forderung, keine erneute Strukturdiskussion in Thüringen aufkommen zu lassen, Natürlich sind damit nicht alle Sorgen vom Tisch, aber der eingangs zitierten Titelzeile hätte es nicht bedurft.

Diese zu provozieren war weder hilfreich noch klug und hat mit dem schwierigen Klärungsprozess nichts zu tun - wir stehen noch mitten in den Verhandlungen. Teil der Lösung ist die mit dem Landeshaushalt geplante Theaterpauschale, auch wenn diese leider, wie Hoff sagt, durch Mindestgage und Energiepreise quasi schon „aufgesaugt ist“. Wir müssen aber auch im Theater selber schauen, ob und wo noch die Finanzsituation verbessert werden kann, ohne Qualität in Frage zu stellen.



Das ist Aufgabe der Geschäftsführung, des Aufsichtsrates und letztlich auch der Bürger der Region, die ihr Theater lieben und daher so oft wie möglich besuchen sollten!

Bernd Krüger Albert Zetsche
(Mitglieder des Aufsichtsrates)

Kindertagegebühren werden durch das Handeln der Stadt Gera drastisch erhöht

Durch das Auslaufen der Pachtverträge in neun städtischen Gebäuden werden zu Jahresbeginn 2023 die Kaltmieten durch die Elstertal Infraprojekt drastisch erhöht.

Die Preise für Energie und Gas steigen ins Unermessliche, auf allen Ebenen macht man sich Gedanken, wie man die Bürgerinnen und Bürger entlasten könnte. Insbesondere Familien mit Kindern werden durch die stark gestiegenen Preise mehrfach geschröpft. Zum Beispiel durch die gestiegenen Lebensmittelpreise, Gas- und Strompreise und in Gera nun, weil man sich seitens der Stadt Gera für eine Erhöhung von Kaltmieten entschieden hat. Mehr Belastung geht wohl nun nicht mehr.

In der öffentlichen Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 12. Oktober wurde nun öffentlich, dass in neun Häusern der Stadt Gera, in welchen ein Kindergarten betrieben wird, die Kaltmieten zum Jahresanfang 2023 steigen werden. Ursprünglich wollte man die Kaltmiete pro Quadratmeter auf 4,50 € erhöhen. Der Kompromiss sei nun eine Erhöhung auf 1,70 € pro Quadratmeter. Grundsätzlich wäre dies kein Problem. Jedoch sind diese Erhöhungen nicht nur eine 100%ige Steigerung, sondern auch zum völlig falschen Zeitpunkt, so **Daniel Reinhardt** (Vorsitzender Jugendhilfeausschusses Gera). Eine angemessene Erhöhung auf Zeit wäre nachvollziehbar gewesen. Wohlgedenkt: Die städtischen Objekte sind zudem fast durchgängig sanierungsbedürftig.

Da die Kaltmieten zu 100% auf die Elternbeiträge umgelegt werden, liegt der besondere Schildbürgerstreik der städtischen Verwaltung hierin, dass sich die drastischen Erhöhungen der Kaltmieten durch den hohen Anteil an Übernahmen der Elternbeiträge durch das Jugendamt negativ auf den Haushalt auswirken werden. Das ist klassisch rechte Tasche - linke Tasche. Es werden also Gelder aus dem Sozialbereich entnommen, um sie dem Baubereich zuzuführen, ohne dass eine Verbesserung für die betreuten Kinder entstehen wird.

„Mich würde interessieren, wie man dazu kommt, die Preise so extrem anzuheben, schließlich reden wir hier von der Kaltmiete, also komplett ohne Nebenkosten, die ebenfalls steigen und hinzukommen.“ macht Reinhardt sein Unverständnis deutlich. „Bisher konnte mir niemand schlüssig erläutern, warum die Mieten angehoben werden sollen, vor allem nicht in diesem Extrem.“

Eine Mieterhöhung von teilweise über 100% innerhalb eines Jahres, welche auf die Eltern zu 100% umgelegt wird, ist nicht akzeptabel.

Auch im Jugendhilfeausschuss erhielt Reinhardt keine befriedigende Antwort, da für dieses Handeln der Oberbürgermeister als Gesellschafter der Elstertal Infraprojekt verantwortlich ist. So entsteht schnell der Eindruck, dass die Elstertal Infraprojekt, die die städtischen Liegenschaften im Namen der Stadt Gera verwaltet, die Elternschaft als neue Einnahmequelle entdeckt hat.

„Diese Erhöhungen müssen sofort gestoppt und die Eltern müssen entlastet werden. Es kommen schließlich genug Belastungen auf die Familien zu!“, fordert Daniel Reinhardt.

Es ist nun am Oberbürgermeister, per Gesellschafterweisung diese unverhältnismäßig hohen Kaltmieten zurückzunehmen. (13.10.2022)

Linksfraktion reicht Dienstaufsichtsbeschwerde gegen OB Vonarb ein

Im Namen der Mitglieder der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Gera hat deren Fraktionsvorsitzender Andreas Schubert eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Geraer Oberbürgermeister Julian Vonarb im Thüringer Landesverwaltungsamt Weimar eingereicht. Ausgangspunkt dieser Beschwerde ist das Agieren bzw. Nichtagieren des Oberbürgermeisters in Bezug auf die Umsetzung des Stadtratsbeschlusses Drucksachen-Nr. 96/2020 vom 5. November 2020.

„Seit mehreren Jahren stand das Thema der „Organisation der Immobilienwirtschaft in der Stadtverwaltung und der „Elstertal“-Infraprojekt GmbH“ auf der Tagesordnung verschiedener Sitzungen des Stadtrates. Mehrfach schon hatte die Linksfraktion auf eine neue Grundlage für die Geschäftsbeziehungen zwischen der Stadt Gera und ihrer 100% Tochter Elstertal Infraprojekt GmbH gedrängt. Der Oberbürgermeister hat jedoch all die Jahre nur auf Zeit gespielt, statt Vertrags-Sicherheit auch für die Mitarbeiter der Infraprojekt herzustellen. Eine eingesetzte Projektgruppe hat genauso wenig Ergebnisse geliefert, wie die Stadtverwaltung, die mit dem Beschluss vom 5.11.2022 auf Vorschlag von Julian Vonarb mit ganz konkreten Fristen beauftragt wurde.“, so Andreas Schubert.

„Konkret beinhaltet dieser Beschluss, dass der Geschäftsbesorgungsvertrag bis zur Einführung der Umsatzsteuerpflicht für die Stadt gemäß § 2b Umsatzsteuergesetz bis längsten 31.12.2022 weitergeführt wird. Dem Stadtrat sollte zur 1. Sitzung nach der Sommerpause 2021! der Entwurf eines langfristig angelegten, umfassend geprüften Verwaltervertrages unter Beachtung der Einführung des § 2b UStG vorgelegt werden.“

Das genau dies aber nicht geschehen ist und - nach Aussage des Oberbürgermeisters im Wirtschaftsausschuss am 13.10.22 - auch nicht mehr bis zum Jahresende geleistet wird, zeugt, so der Fraktionsvorsitzende, von zweierlei:

„Für den Oberbürgermeister haben Stadtratsbeschlüsse, selbst die von ihm initiierten, offensichtlich keine Verbindlichkeit, werden gesetzte Fristen regelmäßig komplett ignoriert. Andererseits hat der Oberbürgermeister keine Strategie für die Entwicklung der Stadt inklusive der wichtigen verwaltungsinternen Prozesse, bei denen der Elstertal Infraprojekt GmbH als Verwalter der städtischen Immobilien eine Schlüsselrolle zukommt.

Da Oberbürgermeister Vonarb seiner Pflicht zum Vollzug des genannten Beschlusses und den entsprechenden Berichts- und Auskunftspflichten zum aktuellen Zeitpunkt nicht nachgekommen ist, haben wir als Fraktion im Geraer Stadtrat eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen ihn eingereicht. Damit wollen wir verhindern, dass entgegen der geltenden Beschlusslage auch 2023 der alte Geschäftsbesorgungsvertrag in Kraft bleibt, der eigentlich schon 2019 ausgelaufen ist und seitdem jährlich immer wieder verlängert wurde.

Wir erwarten von der Kommunalaufsicht eine Prüfung, ob im Rahmen der rechtsaufsichtlichen Befugnisse der §§ 116 ff. ThürKO eine Reaktion der Rechtsaufsichtsbehörde auf Grund eines Rechtsverstoßes notwendig wird.“

Für weitere Informationen besuchen Sie unsere Homepage:

<https://www.die-linke-gera.de/stadtratsfraktion/>

So erreichen Sie uns:

Kornmarkt 12 (Zi. 101) Tel.: 0365 / 838 1530 Mail: die-linke-fraktion@gera.de

V.i.S.d.P.: Andreas Schubert
